

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Belegzeile oder deren Raum 30  $\text{M}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\text{M}$  pro Zeile.

## Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 28. August 1915.

668 Zahlstellen haben die Karte Nr. 16 für den 28. August eingefandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 54 586. Davon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 28. August 32 118 oder 58,84 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren uns bis 6. September 1480 Mitglieder. Arbeitslos waren am 28. August 368 Mitglieder, dagegen standen 21 699 Mitglieder in Arbeit und 401 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 22 468 Mitgliedern. Davon waren arbeitslos 1,64 pZt., krank 1,78 pZt. und in Arbeit standen 96,58 pZt. 49 oder 13,32 pZt. der Arbeitslosen waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle.

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	12	1037	566	—	468	3	—	
Westpreußen	12	1372	822	4	535	11	—	
Brandenburg	62	5158	2761	26	2328	43	—	
Pommern	44	1632	941	13	668	10	—	
Posen	16	475	325	1	146	3	—	
Schlesien	47	3582	2277	16	1274	15	8	
Sachsen	57	3754	2123	8	1606	17	—	
Schleswig-Holstein	46	2299	1455	16	813	15	—	
Hannover	42	2565	1560	35	958	12	1	
Westfalen	20	1157	739	—	410	8	—	
Hessen-Nassau	13	2073	1354	—	710	9	—	
Rheinland	15	2135	1245	11	873	6	—	
Preußen	386	27239	16168	130	10789	152	9	
Bayern	49	3322	2006	21	1263	33	14	
(Rheinpfalz)	4	365	138	—	226	1	—	
Sachsen	57	10944	6190	134	4507	113	16	
Württemberg	11	1061	648	—	409	4	—	
Baden	7	914	557	—	353	4	—	
Hessen	6	609	381	—	224	4	—	
Mecklenburg-Schwerin	49	1547	781	18	735	13	—	
Sachsen-Weimar	11	762	489	6	261	6	2	
Mecklenburg-Strelitz	9	278	135	2	139	2	—	
Oldenburg	7	534	350	3	174	7	—	
Braunschweig	10	534	271	3	254	6	—	
Sachsen-Meiningen	8	339	225	—	111	3	—	
" Altenburg	8	440	297	—	141	2	—	
" Coburg-Gotha	7	561	312	2	242	5	3	
Anhalt	7	283	173	—	110	—	—	
Schwarzburg-Sondersh.	1	59	43	—	18	—	—	
" Rudolstadt	5	152	106	—	44	2	—	
Waldeck	2	28	25	—	3	—	—	
Reuß a. L. (Greiz)	2	116	91	—	25	—	—	
" j. L. (Gera)	3	233	129	8	94	2	—	
Schaumburg-Lippe	2	31	18	—	12	1	—	
Lippe-Detmold	3	53	42	1	10	—	—	
Lübeck	2	299	160	5	129	5	—	
Bremen	1	1104	701	1	393	9	1	
Hamburg	4	2506	1481	18	984	23	4	
Elßaß-Lothringen	2	273	202	16	51	4	—	
Deutsches Reich	663	54586	32118	368	21699	401	49	

Nach dem vorläufigen Ergebnis vom 14. August (siehe „Zimmerer“ Nr. 35) waren von je 100 Verbandsmitgliedern 58,24 zum Militär eingezogen. Das Ergebnis für den 28. August weist eine leichte Steigerung auf, und zwar auf 58,84. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist anhaltend gering. Er stellt sich auf 1,64 gegenüber 1,82 am 14. August. Der Prozentsatz der in Arbeit stehenden Mitglieder betrug nach dem vorläufigen Ergebnis vom 14. August 96,35, nach dem Ergebnis für den 28. August 96,58.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestand vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 763 Mitglieder) wurden durch die

bisherigen Feststellungen erfasst (vergleiche die Resultate in den Nummern 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 22, 24, 26, 28, 30 und 35 des „Zimmerer“) am

16. Januar	75,34 pZt. der Zahlstellen, 82,53 pZt. der Mitglieder
30. " "	76,80 " " " " 83,61 " " " "
13. Februar	75,21 " " " " 82,44 " " " "
27. " "	80,46 " " " " 84,36 " " " "
13. März	81,32 " " " " 85,73 " " " "
27. " "	77,29 " " " " 84,82 " " " "
10. April	75,34 " " " " 81,87 " " " "
24. " "	78,39 " " " " 86,01 " " " "
15. Mai	82,42 " " " " 86,68 " " " "
29. " "	80,34 " " " " 86,43 " " " "
12. Juni	78,99 " " " " 86,36 " " " "
26. " "	79,85 " " " " 85,11 " " " "
10. Juli	79,85 " " " " 86,24 " " " "
24. " "	79,00 " " " " 85,32 " " " "
14. August	81,93 " " " " 87,02 " " " "
28. " "	80,95 " " " " 86,97 " " " "

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 28. August nicht oder zu spät eingefandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (\*) kenntlich gemacht.

- Ostpreußen: Litsch.
- Westpreußen: Graudenz.
- Brandenburg: Croffen, \*Zinfernwalde, Fürstenwalde, \*Gransee, Neu-Ruppin, Dranienburg, Berkeberg, \*Rathenow, Sorau, Trebbin, Wriezen, Zossen.
- Pommern: Cöslin.
- Schlesien: Festenberg, Freyhan, Friedland, Glas, Guhrau, \*Kolzig, Neusalz, Dels, Reichenbach, Ruhland, Seidenberg, Trachenberg, Weiswasser.
- Provinz Sachsen: Gisleben, \*Halberstadt, Hettstedt, Neumegersleben, Osterwieh, Querfurt, Stahfurt, \*Wanzleben, Weisensels.
- Schleswig-Holstein: Hadersleben, Husum, Oldesloe, \*Sonderburg, \*Uetersen.
- Hannover: Aurich, Bullenhausen, \*Drochtersen, \*Gronau, Hameln, \*Leer, Soltau.
- Westfalen: Hamm, Lengerich, Wanne.
- Hessen-Nassau: Bad-Drb, \*Sand, Schenkflengsfeld.
- Rheinland: Bonn, Saarbrücken, Wesel.
- Bayern: \*Bayreuth, Roth a. S.
- Rheinpfalz: Landau.
- Königreich Sachsen: \*Bischofsverda, Neugersdorf, Reichenau.
- Württemberg: \*Heilbronn, Ravensburg, Tailfingen, Tübingen, Ulm.
- Baden: Forzheim, Singen.
- Hessen: Deckenbach.
- Oldenburg: Gutin, \*Jever, Schwartau.
- Braunschweig: Blankenburg a. S., Schöningen, Timmerode.
- Anhalt: Dessau, \*Jesnitz.
- Schwarzburg-Sondershausen: Großbreitenbach.
- Schaumburg-Lippe: \*Bückeburg.
- Elßaß-Lothringen: Straßburg.

Vor fast genau Jahresfrist, am 31. August 1914, haben gleichfalls statistische Erhebungen stattgefunden. Seit der Zeit sind im Mitgliederbestand des Verbandes wesentliche Veränderungen vor sich gegangen. Von den Erhebungen am 31. August 1914 wurden erfasst 741 Zahlstellen mit 56 483 Mitgliedern. Das sind 90,48 pZt. des Zahlstellen- und 89,99 pZt. des Mitgliederbestandes vor dem Kriege. Zum Militär eingezogen waren am 31. August vorigen Jahres 19 776 oder 35,01 pZt. aller von der Erhebung erfassten Verbandsmitglieder. Am 28. August dieses Jahres waren es 32 118 oder 58,84 pZt. Arbeitslos waren am 31. August vorigen Jahres 5916 oder 16,11 pZt. der ermittelten Verbandsmitglieder (die zum Militär eingezogenen nicht eingerechnet), am 28. August dieses Jahres 368 oder 1,64 pZt. In Arbeit standen am 31. August vorigen Jahres 30 791 oder 83,89 pZt. der Verbandsmitglieder (die zum Militär eingezogenen nicht eingerechnet), am 28. August dieses Jahres 21 699 oder 96,58 pZt.

Die Karte Nr. 15 für den 14. August ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 35 zusammengestellt war, noch aus 33 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1697 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 1048, arbeitslos 1, krank 7 und 641 Mitglieder standen in Arbeit.

Endgültiges Resultat der Feststellungen bis zum 14. August 1915.

Termin der Feststellungen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
16. Januar	700	55337	24004	4181	26356	796	884	
30. " "	707	55234	24336	5206	24871	821	933	
13. Februar	695	55305	25079	4797	24489	940	837	
27. " "	705	56009	26039	3833	25391	746	758	
13. März	710	55721	26825	3423	24697	776	591	
27. " "	657	54482	26841	2390	24497	754	473	
10. April	700	55677	28426	1821	24786	644	393	
24. " "	695	56059	28999	1367	25115	578	336	
15. Mai	706	56498	30039	901	25026	532	240	
29. " "	709	56477	30600	753	24577	547	197	
12. Juni	685	56041	30560	695	24298	493	172	
26. " "	690	56657	31587	544	24049	477	124	
10. Juli	701	56132	31915	553	23192	472	143	
24. " "	733	57575	33261	363	23492	459	70	
14. August	704	56311	32857	415	22614	425	86	

Das Endresultat für den 14. August stellt sich demnach wie folgt: 704 Zahlstellen haben die Karte Nr. 15 eingefandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 56 311. Davon waren seit Ausbruch des Krieges bis zum 14. August 32 857 zum Militär eingezogen, arbeitslos waren am 14. August 415; dagegen standen 22 614 Mitglieder in Arbeit und 425 waren krank. 86 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 23 454 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 11. September. An diesem Tage ist die Karte Nr. 17 auszufüllen und sofort einzufenden.

## Heber Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer

wird uns geschrieben:

In der Öffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plane anstrebt.

Gewiß hat das Militärmedizinwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven Kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Insbesondere sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medico-mechanischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bäder- und Brunnenkuren eingeleitet werden.

Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Friedensschlusse eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverbande entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Schätze unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß. Viele Tausende werden noch jahrelang die erste Kur wiederholen müssen, um die im Krieg, namentlich durch die aufreibenden Strapazen des Winterfeldzuges und des neuzeitlichen Stellungskampfes erlittenen körperlichen Schädigungen auszugleichen.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentarier aller Parteien, auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur

Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird.

Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unsern tapferen Kriegern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitsstüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kriegsteilnehmer können schon jetzt durch die Abteilung IX des Zentralkomitees vom Roten Kreuz (Berlin, Herrenhaus) in Kurorten untergebracht werden. Diese Abteilung hat in großzügiger Weise mit allen in Betracht kommenden Wädern und Kurorten Abmachungen getroffen, um den bedürftigen kranken und siechen Kriegsteilnehmern die hervorragenden Kurmöglichkeiten Deutschlands tunlichst kostenlos als vollberechtigten Kurgästen in weitestem Maße zu erschließen und durch rechtzeitig und richtig eingeleitete Heilbehandlung Hunderttausende siecher und sorgenvoller Invaliden in ebenso viele arbeitsfähige und arbeitsfreudige Volksgenossen zu wandeln.

Es liegt sowohl im Allgemeininteresse als in dem des Kriegsteilnehmers selbst, keine Zeit ungenutzt zu lassen, die hier gebotenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

### Beitragsleistung.

Die Woche vom 5. Sept. bis 11. Sept. ist die 28. Beitragswoche
" " " 12. " " 18. " " 29. "
" " " 19. " " 25. " " 30. "
" " " 26. " " 2. Okt. " " 31. "

Der Zentralvorstand.

### Raffengefäßliches.

#### Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. August gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Achersleben M. 240,65, Aurich 60, Bad Orb 27,20, Bad Sachsa 40,60, Bahn 12,20, Bergen auf Rügen 26, Bitterfeld 450, Brandenburg 150, Bremen 1000, Breslau 1253,30, Bromberg 280,60, Bullenhausen 36,05, Cassel 300, Celle 170, Chemnitz 500,45, Coblenz 433,75, Cöln 500, Dahme 9,75, Deckenbach 31,90, Demmin 38,55, Dessau 133,40, Dresden 450, Düsseldorf —,25, Eisenach 250, Elbing 3,60, Elmshorn 250, Emden 300, Erfurt 600, Effen 250, Fibbichow 19,90, Flensburg 150, Frankfurt a. M. 500, Freudenstadt 27, Frieda 68,75, Fulda 17,50, Gadebusch 40, Glauchau —,80, Glogau 50, Gollnow 78,90, Göttingen 200, Gotha 200, Göttingen 134,35, Grünberg i. Bosen 64,20, Hadersleben 108,90, Hamburg 3200, Heide 120, Hildesheim 77,40, Jever 38,30, Karlsruhe 580, Kattowiz 350, Kiel 2066,55, Königsberg i. Pr. 500, Langenbielau 124,40, Leipzig 550, Lüdnitz 400, Lübeck 300, Lützenwalde 110, Ludwigshafen 600, Lübbenau 18, Magdeburg 600, Mannheim 200, Markkissa 20, Memmingen 22,10, Meura 58,10, Miesbach 18,75, München 3500, Neuruppin 13,80, Nordenham 92,50, Nürnberg 400, Oels 12,37, Oranienburg 53, Pinneberg 74,15, Pölitz 60,90, Reutlingen 6,50, Rosheim 100, Rostock 300, Ruppertsdorf 16,20, Rehof 72, Sagan —,40, Samter 3,50, Segeberg 56,39, Seidenberg 100, Soltau 85,70, Schleswig 55,35, Schwaan 125, Schwerin 160, Schwiebus 4,95, Stettin 300, Stollberg 50,50, Stralund 145, Thorn 68,40, Tilsit 100, Tondern 49,55, Uckermark 83,60, Uelzen 300, Velten 71,40, Waltershausen 88, Wanne 13,45, Werda 276,04, Wittenberg (Bezirk Halle) 298, Wolgast 137,35, Wulsthausen 27,55, Zielentz 35,52, Zwickau 300, Einzelzahler der Hauptkasse 149,50, für Inserate von Privaten 1,20.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Bremen M. 275,60, Duisburg 500, Frankfurt a. M. 429,22, Hamburg 138, Hannover 15, Königsberg i. Pr. 400, Lössau 1, Nürnberg 70,70, Zittau 71,40.

An Quittungen über Arbeitslosen- und Ausgesteuertenunterstützung gingen ein (die Beiträge über Ausgesteuertenunterstützung sind mit einem Stern [\*] bezeichnet): Aus Berlin M. 28,80, \*3,60, Blankenburg i. Th. 13,50, Breslau 58,50, Burg auf Fehmarn \*2,70, Colmar i. Elsaß 31,50, Dessau 37,80, Falkenstein 6,30, Flensburg \*3,60, Flottbek 8,40, \*18,60, Fritzenwalde \*—,90, Göttingen \*16,20, Guben 18,90, Halle 7,20, Hamburg 420, \*64,80, Hannover 285,15, \*89,90, Haynau 5,40, Heide 1,80, \*16,20, Hirschberg i. Schlesien 6, \*4,50, Kiel 62,85, Königsberg 31,50, Kronach 10,80, Leipzig 181,50, Maltzow \*14,40, Miesbach 26,40, \*3,60, Mühlhausen i. Elsaß \*7,20, Namowes \*28,80, Nürnberg 27, \*7,20, Oberalfbrunn 13,50, Posen 54,80, Schleswig 8,40, Stettin \*2,70, Timmenborferstrand \*8,10, Uelzen 10,80, Wedel \*22,20, Würzburg 14,40, Zittau 38,25, \*10,80, Zwickau 30,45, \*6,40.

### Arbeitslosenunterstützung

wurde im Juli nach den eingegangenen Quittungen ausgezahlt:	
36 Tage à 30 M.	10,80
26 " à 60 " "	15,60
99 " à 75 " "	74,25
98 " à 90 " "	88,20
269 " à 105 " "	282,45
807 " à 120 " "	968,40
1835 Tage .....	M. 1439,70

### Ausgesteuertenunterstützung

wurde nach den eingegangenen Quittungen im zweiten Quartal ausgezahlt:

Im Juli:

8 Wochen à 180 M.	—	1 Tag à 30 M.	= M. 14,40
26 " à 270 " "	4 Tag à 45 " "		= " 72,—
54 " à 360 " "	1 Tag à 60 " "		= " 195,—
88 Wochen	5 Tage		= M. 281,40

Adolf Römer, Kassierer.

## Bekanntmachungen der Gauvorstände.

### Die Agitation in unseren Gauen im zweiten Halbjahr 1914.

Die Agitation in den Gauen ist durch den Krieg plötzlich unterbrochen worden. In vielen Zahlstellen wurden die Kameraden zum Militär einberufen und andere Kameraden mußten an ihre Stelle treten. Hatte es auch in den ersten Kriegswochen den Anschein, als wolle alles aus Rand und Band gehen, so gestalteten sich die Verhältnisse doch bald wieder günstiger. Die eigentliche Agitation, die Werbung neuer Mitglieder, ist freilich in den fünf Kriegsmontaten des zweiten Halbjahres in den Hintergrund gedrängt worden. Die Hauptaufgabe der Gauleiter war es, den Bestand zu erhalten, und das ist erreicht worden. Für die Gauen Ost- und Westpreußen sowie Baden und Elsaß-Lothringen waren die Verhältnisse die denkbar schwierigsten. Neun Zahlstellen in Ostpreußen und fünf Zahlstellen in Elsaß-Lothringen wurden zunächst vollständig vom Verkehr abgeschnitten, und auch heute sind noch nicht alle Hindernisse beseitigt. Die Agitation wurde allgemein aus ihrer gewohnten Bahn gedrängt, und es war ausgeschlossen, daß sich hierin im Jahre 1914 etwas ändern würde. Hinzu kam noch, daß auch einige Gauleiter zum Heeresdienst eingezogen wurden, und Ersatz zu schaffen, war gar nicht so einfach, weil für die mit der Vertretung zu beauftragenden Personen die Gewißheit vorhanden sein mußte, daß sie nicht auch schon in den nächsten Tagen eingezogen würden.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden in dem Halbjahr 35 Sitzungen der Gauvorstände statt. Die

Tätigkeit der Gauleiter erstreckte sich auf 628 Zahlstellen. Es fanden in diesen 507 Sitzungen statt; davon hatten sich 68 mit der Lohnfrage zu beschäftigen. An 711 Versammlungen nahmen die Gauleiter teil, in 40 davon wurde über Lohnbewegungen verhandelt. Infolge des großen Wechsels der Zahlstellenkassierer mußten 630 Kassenrevisionen vorgenommen werden. In 484 Fällen wurde durch die Gauleiter Hausagitation in den Zahlstellen betrieben. Die Lohnbewegungen erforderten außer den Sitzungen und Versammlungen in 124 Fällen Verhandlungen mit Unternehmern und in 14 Fällen Streikkontrolle. Besondere Aufträge hatten die Gauleiter 37 noch auf 40 Orte, die zu keiner Zahlstelle gehören; es fanden in diesen 20 Versammlungen und in 67 Fällen andere agitatorische Tätigkeit statt. Wie sich die Tätigkeit auf die einzelnen Gauen verteilt, zeigt die untenstehende Tabelle. Sie enthält auch die Zahlstellen und Mitglieder, die auf die einzelnen Gauen entfallen; Einzelzahler kommen dabei nicht in Frage.

Die Tätigkeit der Gauleiter erstreckte sich im Jahre 1914 insgesamt auf 810 Zahlstellen und 163 Orte, die zu keiner Zahlstelle gehören. Es fanden 78 Sitzungen der Gauvorstände statt. In den Zahlstellen wurden 1131 Sitzungen abgehalten, wovon sich 319 mit der Lohnfrage beschäftigten. Versammlungen hielten die Gauleiter 2258 ab, wovon sich 328 mit der Lohnfrage beschäftigten. Verhandlungen mit Unternehmern fanden 645 statt, und in 97 Fällen wurde Streikkontrolle ausgeübt. Kassenrevisionen mußten 875 vorgenommen werden; in 78 Fällen waren besondere Aufträge zu erledigen, und in 815 Fällen wurde durch die Gauleiter Hausagitation in den Zahlstellen betrieben. In den 163 unorganisierten Orten fanden 68 Versammlungen und in 281 Fällen Hausagitation statt.

Bezeichnung des Gaus	Sitzungen des Gauvorstandes	Agitation					Lohnbewegung					Die Tätigkeit erstreckte sich auf	Mitgliederbewegung							
		Zahlstellen		Revisionen	Versammlungen	Agitat. aus Art (ausgesagt. mho.)	Sitzungen mit Unternehmern	Sitzungen mit Streikkontrolle	Besondere Aufträge des Gauleiters	Zahlstellen	andere Orte		2. Quartal		3. Quartal					
		Zahlstellen	Mitglieder										Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder		
Ost- und Westpreußen.....	2	35	47	43	36	—	8	2	2	1	—	1	38	5	43	3216	41	1339	40	1127
Posen.....	—	2	21	24	14	—	1	—	2	—	—	1	21	1	21	604	18	288	16	170
Schlesien.....	3	21	29	26	40	4	3	—	—	5	4	4	31	1	45	3105	44	1862	44	1403
Pommern.....	—	39	24	5	2	—	—	—	—	—	—	—	36	1	51	1863	49	1217	47	1005
Brandenburg.....	4	32	26	33	10	3	5	12	6	13	—	1	43	4	64	4622	64	3138	63	3061
Niederschlesien, Ostfachsen..	4	22	65	55	12	—	6	5	5	8	4	3	48	—	48	6978	48	4712	48	4037
Mecklenburg.....	4	27	37	61	2	—	—	—	—	—	—	—	51	—	61	2026	61	1480	61	1381
Provinz Sachsen, Anhalt..	1	4	5	8	4	—	2	3	3	1	2	—	9	2	67	2268	56	1512	51	1278
Rgr. Sachsen, Regb. Mersebg.	1	8	46	55	5	2	—	—	—	8	—	—	64	1	77	8544	75	5212	75	4448
Schlesw.-Holst., Oldenburg	5	11	50	15	9	3	4	8	8	13	—	2	43	5	85	8413	82	5176	82	4368
Hannover.....	—	7	35	48	8	—	5	3	5	4	—	4	44	—	48	2659	49	1771	48	1393
Thüringen.....	3	42	64	45	21	—	1	—	—	4	—	—	43	1	44	2925	42	1713	41	1406
Nordbayern.....	1	55	19	36	9	—	2	1	1	8	—	4	23	2	25	1747	25	832	24	812
Südbayern.....	2	32	34	25	11	1	6	4	—	6	—	3	29	4	29	2067	26	1256	26	1143
Hessen, Hessen-Nassau.....	—	1	3	28	54	—	—	—	4	6	4	—	23	—	29	2545	27	1591	26	1422
Württemberg.....	2	32	44	55	37	4	5	—	—	1	—	—	22	3	23	1545	22	648	21	434
Rheinland-Westfalen.....	2	32	40	36	18	3	3	26	4	38	—	2	33	3	38	3972	38	1803	37	1620
Baden, Elsaß-Lothringen..	2	25	11	61	71	—	5	2	3	1	—	8	24	7	25	2553	24	807	22	726
Oberschlesien.....	—	12	30	22	76	—	11	—	—	8	—	9	3	—	4	531	3	256	3	117
Summa.....	35	439	630	671	434	20	67	68	40	124	14	37	628	40	819	62603	794	36558	775	31351

## Unsere Lohnbewegungen.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gegen Steuererhöhungen. In unserer Nr. 32 vom 7. August 1915 haben wir den Schriftwechsel abgedruckt, der zwischen den Zentralvorständen der baugewerblichen Gewerkschaften und dem Vorstande des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe geführt worden ist. Das Schreiben, in welchem die Zentralvorstände der baugewerblichen Gewerkschaften Stellung nahmen gegen die ablehnende Haltung des Vorstandes des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, haben wir in unserer Nr. 34 vom 21. August dieses Jahres publiziert. Nunmehr lassen wir das neueste Schreiben genannten Vorstandes hier folgen:

Berlin, den 23. August 1915.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg, den Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands, Hamburg, den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin.

Die Ausführungen in Ihrem gemeinsamen Schreiben vom 14. August dieses Jahres über das Tarifvertragsverhältnis im Baugewerbe bedürfen in fast allen Sätzen einer Richtigstellung.

1. Die Tarifföhne im Baugewerbe sind nicht, wie wir Ihnen wiederholt bei den Tarifverhandlungen erklärt haben, Mindestlöhne, sondern Einheitslöhne. Es ist Ihnen bei der letzten Tarif-Erneuerung im Jahre 1913 nicht gelungen, Ihre Forderung, die Löhne als Mindest-Stundenlöhne zu bezeichnen, durchzusetzen. Wir glauben, Ihnen auch für die Zukunft schon jetzt erklären zu können, daß wir einer derartigen Auffassung nie beitreten werden. Wie der Tarifvertrag für die Arbeiter den Hauptzweck hat, sie während der Vertragszeit vor Lohnherabsetzungen zu schützen, so soll er die Arbeitgeber, die für die übernommenen Pflichten doch wohl auch gewisse Rechte beanspruchen dürfen, vor Lohnherabsetzungen während der Vertragszeit schützen. Wie die Arbeiterorganisationen nicht dulden, daß ihre Mitglieder geringere Löhne erhalten, als im Tarifvertrag vorgesehen ist, so können wir nicht dulden, daß einzelne unserer Mitglieder höhere Löhne zahlen; die Folge würde sein, daß bei Arbeitermangel ein Unternehmer dem andern die Arbeiter durch Zahlung höherer Löhne abspenstig macht, und daß die Arbeiter in die Lage gesetzt würden, Arbeitgeber, die nur den Tariflohn zahlen, zu meiden, das heißt, stillschweigend zu sperren. Ein Tarifvertrag mit Mindestlöhnen wäre bei den eigenartigen Verhältnissen im Baugewerbe für unsere Mitglieder also völlig wertlos.

2. Da die Tarifföhne nicht nach dem übereinstimmenden Willen der Vertragsparteien Mindestlöhne sind, so ist die Forderung und Gewährung von Lohnherabsetzungen — sie mögen benannt werden wie sie wollen — ein Verstoß gegen § 1 und § 9 des Tarifvertrages.

3. Aus demselben Grunde ist es kein Verstoß gegen den Tarifvertrag, wenn wir unsern Mitgliedern, deren Interessen wir sachgemäß wahrzunehmen haben, allgemein die Zahlung von Lohnherabsetzungen verbieten. Sie hätten Ihrer entgegenstehenden Behauptung im Schlußsatz Ihres Schreibens wenigstens die Vertragsbestimmung anfügen sollen, gegen welche angeblich durch unser Verbot verstoßen wird.

Auch der weitere Inhalt Ihres Briefes, der sich mit den sachlichen Gründen unserer Ablehnung der Steuererhöhungen beschäftigt, bedarf der Entgegnung.

Sie können doch unmöglich ernsthaft in Abrede stellen wollen, daß — wie wir geschrieben haben — die Einziehungen zum Heeresdienst wie in allen Berufen, so auch im Baugewerbe, durchweg die jüngeren und kräftigen, also körperlich tüchtigeren Arbeiter betreffen haben. Daraus ergibt sich von selbst, daß in der Hauptsache den Unternehmern jetzt nur Arbeiter von durchschnittlich geringerer Leistungsfähigkeit, als sie beim Vertragsabschluss vorausgesetzt werden durfte, zur Verfügung stehen. Wir gehen in dieser Auffassung nicht so weit wie der „Vormärts“, der in seiner Nr. 214 sich gegen die Leistung von Ueberstunden mit den Worten wendet: „Es ist aber mindestens sehr fraglich, ob, vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet, man älteren und schwächeren oder gar kränklichen Arbeitern, die jetzt aus bekannten Gründen auf den Baustellen die Mehrzahl bilden . . . eine längere Arbeitszeit zumuten darf.“ Für so schwach und kränzlich halten wir die Mehrzahl der zurückgebliebenen Bauarbeiter allerdings nicht; daß sie aber bei weitem nicht so viel leisten wie die Arbeiter im Durchschnitt vor dem Kriege, zeigt doch die tägliche Erfahrung.

Eine Ausdehnung der Ueberstundenarbeit und der Akkordarbeit haben wir übrigens nur soweit empfohlen, als ihre Ausführung ohne Vertragsverletzung möglich ist. Da gegenwärtig fast überall Arbeitermangel herrscht, würde sie immerhin zahlreichen Arbeitern zeitweise eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gestatten, ohne daß eine Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen zu befürchten wäre. Auf die möglicherweise nach dem Friedensschluß eintretende größere Arbeitslosigkeit kann es aber unseres Erachtens keinen merkbaren Einfluß haben, wenn — eben zum Zweck einer Einkommensverbesserung der Bauarbeiter — jetzt etwas mehr geschafft wird als in normalen Zeiten. Gegen diese spätere Arbeitslosigkeit werden großzügige Maßnah-

men getroffen werden müssen, an denen mitzuarbeiten wir gern bereit sein werden.

Gegenwärtig können wir uns nur nochmals zur weiteren gewissenhaften Erfüllung der im Tarifvertrag übernommenen Verpflichtungen während der Kriegsdauer bereiterklären — darüber hinaus irgendwelche Zugeständnisse zu machen, ist uns bei der ungünstigen Lage des deutschen Baugewerbes nicht möglich. Es ist uns bekannt, daß im österreichischen Baugewerbe teilweise Teuerungszulagen bewilligt worden sind; das ist aber unseres Wissens im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Verlängerung der Tarifverträge bis Frühjahr 1919 geschehen, also unter Anrechnung auf spätere Lohnerhöhungen.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf die Ausführungen in unserm Schreiben vom 28. Juli dieses Jahres. Die Schäden der Teuerung, unter der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Weise leiden, müssen in erster Linie durch Beseitigung der Ursachen, das heißt der unzureichenden Organisation des Lebensmittelmarktes, gemildert werden.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende. (gez.) E. Wehrens.

Es führt wirklich zu nichts, den Faden weiter zu spinnen, den der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe angeht hat, um einer Erörterung der Notlage der Bauarbeiter aus dem Wege zu gehen und dafür geschraubte Worte über den Tarifvertrag zu machen. Wir können uns nicht denken, daß auch nur ein einziges Mitglied genannten Vorstandes daran glaubt, der Tarifvertrag habe die Bedeutung, daß die baugewerblichen Arbeiter mit ihren Familien verpflichtet sind, trotz voller Beschäftigung zu hungern, wenn die Preise steigen und die beschäftigten Arbeitgeber horrend Profite schneiden. Die Schreiben des genannten Vorstandes gehen aber von einem solchen „Rechtsstandpunkt“ aus. Sie ermeden den Eindruck, als wollte der Vorstand des Arbeitgeberbundes damit einen literarischen Beitrag zur Neuorientierung liefern.

Probleme der Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Das „Berliner Tageblatt“ vom 28. August 1915 berichtet: Mit einem im besetzten Gebiet von Polen spielenden Fall hatte sich das Gewerbegericht zu Neußölln zu beschäftigen. Die Zimmerleute Mag. G. in Berlin und Joseph P. aus Berlin-Nichtenberg waren bei dem Bauunternehmer B. in Neußölln beschäftigt, der sie im Frühjahr dieses Jahres in das besetzte Gebiet „Russisch-Polen“ zum Bau einer Desinfektionsanstalt in Kalisch entsandte. Am 7. April wurden die Leute wieder entlassen und von B. bis zur Grenzstation Stalmierzce gebracht. Die Zimmerleute behaupteten, sie hätten auf Grund einer Vereinbarung Anspruch auf freie Rückfahrt von der Grenze bis Berlin einschließlich der Reisepesen und verlangten je M 20,10. Der beklagte Bauunternehmer beantragte Abweisung der Klage. Er sei überhaupt nicht verpflichtet, den Klägern die Fahrkosten zu gewähren. Es sei zwar vereinbart gewesen, daß sie nach Fertigstellung der Arbeiten freie Rückfahrt erhalten sollten, es sei aber keine freiwillige Entlassung der Kläger durch ihn erfolgt. Diese hätten sich vielmehr bei den Arbeiten in Kalisch berathen aufständig verhalten, daß, wie die von dem Bauunternehmer vorgelegte Bescheinigung der militärisch-kalischischen Verwaltung in Kalisch vom 6. Mai dieses Jahres bewies, der Abtransport der beiden Zimmerleute unter militärischer Bedeckung angeordnet gewesen sei. Die Zimmerleute gaben in der Verhandlung zu, daß sie sich geweigert hätten, Ueberstunden zu machen und infolgedessen von dem Stadtkommandanten in Kalisch verwarnt worden seien, und daß auch infolge ihres Widerspruchs an einem Tage auf dem Bau, auf dem sie beschäftigt waren, die Arbeiter die Arbeit verweigert hätten. Das Gewerbegericht Neußölln wies die Klage ab. Selbst wenn die Zimmerleute bei ihrer Entlassung freie Rückfahrt erhalten sollten, so könnten sie im vorliegenden Fall doch keinen Anspruch darauf erheben. Sie haben sich geweigert, den Anordnungen der militärisch-kalischischen Bauleitung in Kalisch wegen der Arbeitszeit zu folgen. Die von ihnen vorgebrachten Behauptungen, daß sie auf Grund ihrer Annahmehbedingungen nicht verpflichtet gewesen seien, ohne den nach dem Berliner Tarifvertrag zu zahlenden Lohnzuschlag für Ueberstunden länger als zehn Stunden zu arbeiten, und daß sie infolgedessen zur Verweigerung einer elfstündigen Arbeitszeit berechtigt gewesen seien, sind nach Ansicht des Neußöllner Gewerbegerichts unerheblich. In den Annahmehbedingungen war von einer bestimmten Arbeitszeit nicht die Rede. Ferner ist auch ganz ausgeschlossen, ohne besondere Abrede für die Arbeitszeit in dem Okkupationsgebiet den jeweils an dem Annahmehort des Arbeitnehmers geltenden Tarif anzuwenden. In dem Okkupationsgebiet gelten Ausnahmezustände, und es muß im Interesse der Landesverteidigung lediglich der Militärverwaltung vorbehalten sein, die Anordnungen zu treffen, die sie zur schleunigen Ausführung der dort erforderlichen Arbeiten, wie hier der Errichtung der Desinfektionsanstalt, für nötig hält. Nachdem die militärisch-kalischische Bauleitung die längere Arbeitszeit angeordnet hatte, konnte von einer berechtigten Verweigerung der Ueberstunden keine Rede sein. Da nach der von dem beklagten Bauunternehmer vorgelegten Bescheinigung der militärisch-kalischischen Bauleitung von Kalisch das Verhalten der Kläger als auflehrend und aufreizend bezeichnet und infolgedessen ihr Abtransport unter militärischer Bedeckung angeordnet war, waren die Kläger durch diese militärische Maßnahme dem Entlassungsrecht des Beklagten entzogen. Damit war auch jeder Anspruch auf Erstattung der Reisefkosten erloschen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Danzig. Am 17. August tagte im Lokale von Schönherr, Tischlergasse, eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Sie genehmigte zunächst die bereits in voriger Versammlung vorgelegte Abrechnung und entlastete den Geschäftsleiter. Hierauf besprachen die Kameraden Finsel und Sellin die Kriegstrüpfelfürsorge. Der Krieg habe dem Volkstrüpfel tiefe Wunden geschlagen, deren Heilung gewaltige Kräfte erfordern würde. Besondere Sorgfalt werde den Kriegstrüpfeln zugewendet werden müssen, die durch den Verlust von Gliedmaßen nicht mehr imstande seien, ihren ursprünglichen Beruf auszuüben. Auch von unsern Kameraden seien viele zu Krüppeln ge-

worden; die Pflicht gebiete uns, sich ihrer anzunehmen, ihnen ihr Fortkommen zu erleichtern. In allererster Linie werde natürlich der Staat für die Opfer des Krieges einzutreten haben, für die Arbeiterorganisationen könne es sich in der Hauptsache nur um moralische Unterstützung handeln. Zimmerhln sollten wir diesen unglücklichen Menschen so weit als möglich zur Hand gehen. Viele von ihnen befänden sich schon in vorgerücktem Alter; für sie werde ein Berufswechsel große Schwierigkeiten mit sich bringen, wobei es sich noch frage, ob der neu zu erlernende Beruf ihnen auch eine einigermaßen ausreichende Existenz biete. Hier in Danzig seien zum Beispiel alle diejenigen, die infolge ihrer Kriegsschädigung ihrem alten Berufe nicht mehr nachgehen können, aufgefordert worden, sich zum Schuhmacher, Schneider oder Sattler heranzubilden. So gut das auch gemeint sein möge, es werde sich doch nur schwer durchsetzen lassen. Viel eher werde es möglich sein, Kriegsinvalide auf dem Lande anzusiedeln und unter staatlicher Mithilfe ihre Existenz sicherzustellen. Auf jeden Fall erwache dem Staat die dringendste Pflicht, alle nur erdenklichen Einrichtungen zu schaffen, die den armen Kriegstrüppeln ihr Los zu erleichtern geeignet seien. Den Rednern wurde allseitig zugestimmt; die Diskussion bewegte sich ganz im Sinne der von ihnen gemachten Ausführungen. Unter „Verschiedenes“ kam noch eine Differenz mit der Zahlstelle Königsberg zur Sprache, und zwar handelte es sich um einen Betrag von M. 4, der von dem Geschäftsführer der Zahlstelle Königsberg als Reisegeld für einen Danziger Kameraden von der in Frage kommenden Firma eingezogen worden ist, jetzt aber der Lokalkasse Danzig, die diesen Betrag vorauslagte, vorenthalten wird unter der Angabe, daß die Zahlstelle Danzig der Zahlstelle Königsberg noch M. 4 schulde. Die Versammlung legte hiergegen Protest ein. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Hildesheim. Auch an unserer Zahlstelle sind die Zeichen des Weltkrieges nicht spurlos vorübergegangen. Im zweiten Quartal 1914 zählten wir noch 96 Mitglieder, während es ein Jahr später nur noch 30 waren; über zwei Drittel haben wir durch den Krieg eingebüßt. Bei Ausbruch des Krieges wurden sofort 28 Kameraden zum Heeresdienst eingezogen, im März 1915 waren es 32 Kameraden und jetzt im August 40. Nicht mitgezählt sind die Kameraden, die erst in ihre Heimat reisten und sich dann der Fahne stellten. Leider ist auch schon ein Kamerad unserer Zahlstelle dem Weltkriege zum Opfer gefallen, während sich unser erster Schriftführer in Frankreich in Gefangenschaft befindet. — Mit Ausbruch des Krieges setzte auch hier Arbeitslosigkeit ein, die sich jedoch dadurch, daß fortgesetzt Kameraden einberufen wurden und andere in Fabriken für Heeresbedarf arbeiten, stets verringerte. Jetzt konnten nicht einmal alle offenen Stellen besetzt werden.

Der Versammlungsbesuch könnte besser sein. Die Kameraden glauben, mit dem Beitragzahlen ihre Schuldigkeit getan zu haben. Bedenken sollten sie doch, daß unser Tarif im nächsten Frühjahr abläuft und gerade in Hildesheim die Preise für Lebensmittel und Wohnungen keiner Großstadt nachstehen, unser Lohn aber ländlichen Verhältnissen angepaßt ist. Auch sind die gegenwärtigen Zustände gar nicht danach angetan, die Hände in den Schoß zu legen. — In bezug auf Unterstützungen haben auch wir etwas geleistet. Unsere Zahlstelle zahlte seit Ausbruch des Krieges an die Familien eingezogener sowie arbeitsloser und kranker Kameraden im ganzen M. 1614,70 aus, und zwar auf Rechnung der Zentralkasse M. 793,90, auf Rechnung der Lokalkasse M. 820,80. Hieraus ist zu ersehen, wie die Organisation manchen in der Not vor der größten Sorge bewahrt. — Alle im Felde sich befindenden Kameraden, welche den „Zimmerer“ wünschen, mögen den Vorsitzenden mit ihrer Adresse auf dem laufenden erhalten.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Der Zimmerer Georg Schmeiger in Lehen bei Wendelskirchen trat sich bei der Arbeit einen rostigen Nagel in die Fußsohle. Wundstarrkrampf machte seinem Leben ein Ende. — Bei dem Umbau der Märtyrerkapelle in Bonn brach das Baugerüst des Turmes zusammen. Zwei auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter stürzten mit ab. Von ihnen war der Maurer Peter Schiffer aus Eidenich sofort tot; der andere kam mit leichten Verletzungen davon. — Am Erweiterungsbau des Schlachthofes in Meise stürzte das äußere Stangengerüst ein, wobei die Maurer Holzbrecher, Schachler und Weißer herabstürzten. Holzbrecher und Weißer trugen nur leichtere Verletzungen davon, während Schachler schwer verletzt wurde. — Im Schacht der Gewerkschaft in Kastenbergr wurde der vierzigjährige Zimmermann Paul Scharf aus Apolda von dem niedergehenden Förderungsstorb erfasst. Dabei wurde dem Manne der Kopf fast vollständig abgerissen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Der Baumarkt. Von der Bauauskunftsstelle Groß-Berlin wird mitgeteilt, daß ihr in der Berichtswoche vom 30. Juli bis 5. August 6 Baugenehmigungsgesuche von der Baupolizeibehörde übermittelt worden sind, vom 6. bis 12. August 2, vom 13. bis 19. August 9 und vom 20. bis 26. August 5. — Die Bautätigkeit in Gln während des ersten Vierteljahres 1915 war trotz des Krieges lebhafter, als man angefangs der allgemeinen ungünstigen Verhältnisse hätte erwarten können. Es wurden in dieser Zeit 354 Gebäude neu errichtet, darunter 261 Wohngebäude. Die Zahl der dadurch neu entstandenen Wohnungen betrug insgesamt 950, davon kamen auf die Wohngebäude 909; darunter mit 3 Wohnräumen 247, mit 4 Wohnräumen 292, mit 5 Wohnräumen 174, mit mehr als 5 Wohnräumen 196. Die Zahl der Wohnungen am Ende des Vierteljahres betrug 153 973; davon standen 5510 Wohnungen leer, das sind 3,60 pSt. — Ueber lebhafteste Bautätigkeit wird aus Essen a. d. Ruhr berichtet. — In Crefeld war im Frühjahr und Sommer die Bautätigkeit außergewöhnlich schwach, sie scheint auch für den Herbst keine Belebung zu erfahren, nachdem die wenigen in Arbeit befindlichen Neu- und Umbauten vollendet sind. — In Düsseldorf kamen im zweiten Vierteljahr 1915 72 Gebäude zur Abnahme gegen 94 in derselben Zeit des Vorjahres, wo auch schon große Klause herrschte. — In Halberstadt ist im Monat Juli nur eine Baugenehmigung erteilt. — Die Bautätigkeit in Kiel bietet, wie das Statistische Amt mitteilt, nach wie vor ein Bild fast völligen Stillstandes. Im

Berichtsmonat konnten 2 Wohngebäude als gebrauchsfertig abgenommen werden. Durch diese Neubauten sind 2 Wohnungen neu geschaffen. Der Gesamtzugang an Wohnungen unter Berücksichtigung der An- und Erweiterungsbauten stellte sich auf 3. Seit Anfang des Jahres sind bis jetzt 37 Wohnungen neu entstanden, das sind aber 43 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Zwei Baugesuche für Wohngebäude sind eingegangen. Damit erhöht sich die Zahl der Baugesuche, die seit Anfang des Jahres eingegangen sind, auf 3 gegen 44 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es herrscht bereits recht fühlbare Wohnungsnot, die vom Schutzverband für Lieferanten und Handwerker des Baugewerbes zu PreSSIONen benutzt wird. Er hat die Handelskammer gebeten, unverzüglich Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, die geeignet sind, den Wohnungsvorrat in kleinen und mittleren Wohnungen zu erhöhen und die Bautätigkeit wieder zu beleben. Insbesondere soll die Schaffung eines Pfandbriefamtes gefördert werden. Weiter werden gefordert: Bauerleichterungen, Herabgabe billigen Baulandes, Minderung der Kosten für Ausbau von Straßen und Kanälen und Steuererleichterungen. Es soll vor allem dahin gestrebt werden, daß die Errichtung der Häuser mit Kleinwohnungen in der Hauptsache der privaten Bautätigkeit überlassen bleibt. — Ueber die Bautätigkeit Hamburgs innerhalb des Gebietes des Baupolizeigebietes sind wir in der von der Baupolizeibehörde veröffentlichten Statistik folgende Angaben: Angemeldet wurden im Juli 1915 11 Neubauten von Wohnräumen, 10 von Stallgebäuden, Scheunen und dergleichen, 8 von Geschäfts- und Kontorhäusern, Fabrikgebäuden, Speichern und dergleichen. Die Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohngefasse betrug im vorigen Monat 19 gegen eine Vermehrung von 482 in demselben Monat des Vorjahres, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 813, gegen 872 in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Im Monat Juli standen in München insgesamt 134 der von der Lokalbaukommission genehmigten Neu-, Auf-, An- und Umbauten unter Kontrolle (gegen 358 im Juli 1914, 261 im Juli 1913, 532 im Juli 1912 und 798 im Juli 1911); davon befanden sich 11 in der Altstadt (1. bis 4. Bezirk), 10 in der Magstadt (5. bis 8. Bezirk), 27 in der Ludwigstadt (9. bis 13. Bezirk), 12 im Ostend (14. bis 18. und 29. Bezirk) und 74 im Westend (19. bis 28. Bezirk). — In Württemberg nehmen die Nachfragen nach Maurern, Zimmerleuten und Schreibern zu. Vor dem 1. Juni betrug die offenen Stellen in einem Wochenaustrich nie bis 50 Stellen. Erst am 1. Juni kamen sie auf 56; am 15. Juni sogar auf 97, am 20. Juli auf 97, während sie am 1. Juli 58 und am 10. August 67 betragen. Die Nachfrage nach Zimmerleuten betrug früher kaum 20, jetzt sind es am 1. Juni 24, am 15. Juni 43, am 1. Juli 33, am 20. Juli 24 und am 10. August 50. Die Zahl der offenen Schreinerstellen stieg sogar bis 54 am 10. August, während sie im ersten Halbjahr noch kaum 10 betrug. Anders ist es mit den Tischnerstellen. Diese bleiben sich ungefähr gleich; auch die Bauischlosserstellen halten sich ungefähr in gleicher Zahl offen. Nur langsam zieht offenbar das Malergewerbe an, 13 offene Stellen am 15. Juni sind die Höchstaht. Die Frage nach Steinbrechern schließlich pflegt jetzt abzunehmen. Nach dem Bauverein zu schließen, herrscht die größte Bautätigkeit in Ulm und Friedrichshafen. Auf Ulm fallen einmal 85 offene Stellen und auf Friedrichshafen 71. Stuttgart ist jetzt auch besser vertreten, indem am 20. Juli 77 offene Stellen gemeldet waren. Einen ansehnlichen Stellenverkehr haben dann noch Göppingen und Heilbronn, allerdings wird nie die Zahl 80 überschritten. Ganz schwach ist der Stellenverkehr in Alen, Geislingen, Ravensburg, Reutlingen, Tübingen und Ludwigsburg, wie in vier Wochenaustrichen im ganzen ein Bauischlosser gesucht wird.

Ueber die Bautätigkeit im Jahre 1914 ist eine Sonderbeilage zum „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 7, Juli 1915, erschienen, der wir das Nachstehende entnehmen:

Zu Beginn des Berichtsjahres war die Lage des Baumarktes so, daß gewisse Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des seit Jahren daniederliegenden Baugewerbes nicht unberechtigt zu sein schienen. Zwar befand sich unsere Volkswirtschaft bereits in einem Konjunkturrückgang, aber die wissenschaftliche Forschung hat ja ergeben, daß die Entwicklung der Bautätigkeit durchaus nicht immer vollständig mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung übereinstimmt, daß vielmehr mitunter gerade die wirtschaftliche Hochkonjunktur infolge der Geldteuerung, die sie zur Folge zu haben pflegt, auf den Baumarkt lähmend einwirkt. Auch die letzte Hochkonjunktur war von einem scharfen Anziehen der Geldfäße begleitet gewesen; im Anfang des Berichtsjahres jedoch begann auf dem internationalen Geldmarkt eine Erleichterung einzutreten. In der Zeit vom 22. Januar bis 4. Februar wurde der Reichsbankdiskont von 5 auf 4½ und schließlich auf 4 v. H. herabgesetzt; er stand damit um 2 v. H. unter dem Diskont der gleichen Vorjahrszeit. Erst Anfang August wurde der Bankdiskont wiederum auf 6 v. H. erhöht, jedoch konnte er am 23. Dezember abermals auf 5 v. H. ermäßigt werden. Der durchschnittliche Privatdiskont an der Berliner Börse stand in den Monaten Januar bis Juli 1914 nicht nur unter demjenigen des Jahres 1913, sondern auch unter demjenigen des Jahres 1912. So ist es denn erklärlich, daß im ersten Halbjahr 1914 der Gesamtbeitrag der umlaufenden Hypothekenspfandbriefe der 38 zur Veröffentlichung von Halbjahresausweisen verpflichteten Hypothekensbanken um 63,4 Millionen Mark zugenommen hat, erheblich mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1913, in welchem die Zunahme nur 20,0 Millionen Mark betrug, dagegen allerdings wesentlich weniger als im ersten Halbjahr 1912 (305,4 Millionen), 1911 (524,1 Millionen) und 1910 (500,7 Millionen). Nicht einmal der Krieg hemmte den Pfandbriefabsatz auf die Dauer; zunächst trat zwar eine Stöckung ein, der aber bald eine Erholung folgte. Der Umlauf stieg im zweiten Halbjahr 1914 um 133,0 Millionen Mark gegen 13,5 Millionen Mark in der gleichen Zeit 1913, 174,6 Millionen Mark 1912, 474,9 Millionen Mark 1911 und 480,7 Millionen Mark 1910. Auch die Zunahme des Betrages der zur Deckung der Pfandbriefe bestimmten registrierten Hypotheken war im

Jahre 1914 größer als 1913, dagegen allerdings kleiner als 1912, 1911 und 1910. Die Zahlen für das erste und zweite Halbjahr lauten: 1914 83,5 und 124,0 Millionen Mark, 1913 61,2 und 7,7 Millionen Mark, 1912 411,9 und 235,9 Millionen, 1911 563,5 und 592,5 Millionen Mark, 1910 527,6 und 521,5 Millionen Mark.

Zu der Erleichterung des Geldmarktes trat als weiterer die Bautätigkeit anregender Umstand das Zusammenschmelzen der Wohnungsvorräte hinzu. Hierüber wird später noch gesprochen werden.

All diese günstigen Einflüsse hatten jedoch noch keine gründliche Belebung der Bautätigkeit hervorgerufen vermocht, als der Krieg ausbrach und alle Hoffnungen vernichtete. So ist es gekommen, daß als Gesamtergebnis des Jahres 1914 eine weitere Verschlechterung gegenüber 1913 festgestellt werden muß. Bereits im Jahre 1913 war der Zugang an Wohngebäuden nur in 23 Städten größer gewesen als 1912 und in einer Stadt ebenso groß wie in diesem Jahre, dagegen in 46 Städten geringer als im Vorjahre. Im Jahre 1914 hat sich der Rückgang weiter fortgesetzt. Der Zugang an Wohngebäuden war in 47 Städten geringer und nur in 23 Städten größer als 1913. In allen 72 Städten, welche Angaben für die beiden Jahre 1913 und 1914 gemacht haben, war insgesamt der Zugang im Jahre 1914 mit 9225 Gebäuden um 1968 Gebäude kleiner als im Jahre 1913 mit 11218 Gebäuden. Auch im Jahre 1913 war bereits der Zugang an Wohngebäuden in 69 Städten mit 9975 Gebäuden um 2687 Gebäude geringer gewesen als im Jahre 1912 mit 12662 Gebäuden. Zu einem ähnlichen Ergebnis führt die Statistik des Zuganges an Wohnungen im Verhältnis zum Bestande. Im Jahre 1914 war der Wohnungszugang nur in 13 Städten größer, dagegen in 37 kleiner als Vorjahre. Bereits im Jahre 1913 war der Zugang nur in 10 Städten größer, dagegen in 30 Städten kleiner gewesen als 1912.

Der Rückgang der Bautätigkeit kommt auch in einem verminderten Absatz von Baustoffen zum Ausdruck. Die Berliner Mörtelwerke haben aus dem Mörtelabfabrik unter Zugrundelegung von Erfahrungswerten über das Verhältnis des Mörtelverbrauches zum Ziegelverbrauch den Absatz an Mauerziegeln in Groß-Berlin berechnet. Sie kommen zum folgenden Ergebnis:

1855 Millionen Ziegel im Jahre 1910
1730 " " " " 1911
1134 " " " " 1912
673 " " " " 1913
541 " " " " 1914

Der Absatz des Ziegleiverbandes Breslau G. m. b. H. betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 23 3/4 v. H. der Beteiligungsziffer. In den letzten fünf Monaten ging er auf 3,162 v. H. der Beteiligungsziffer zurück. Die Vereinigten Ziegeleien von Graubenz G. m. b. H. setzten in der Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 9,4 Millionen Ziegel und Kalksandsteine für das Kontingent ab gegenüber 21,2 Millionen im Jahre 1913/14. Die Münchner Ziegeleiverbandvereinigung veränderte in den ersten sieben Friedensmonaten des Jahres 1914 24 Millionen Handstrichziegel; von da ab bis zum Ende des Jahres konnte sie nur noch 5 1/2 Millionen verkaufen. Bei der Aktienziegelei in München blieb der Verkauf im Jahre 1914 mit 11,5 Millionen Stück um 3,7 Millionen gegen das Vorjahr zurück. Bei den Vereinigten Stehener Ziegeleien A.-G. blieb in dem am 31. Oktober 1914 endigenden Geschäftsjahre der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahre um 4,2 Millionen Ziegel zurück. Der Dortmunder Verkaufsverein für Ziegeleifabrikate A.-G. setzte im Jahre 1914 insgesamt nur 77 Millionen Ziegel ab gegen 87,3 Millionen 1913. In den ersten sieben Monaten, in denen das Geschäft eine Belebung erfahren hatte, wurden 67 Millionen verkauft, in den fünf Kriegsmoaten nur 10 Millionen. Der Verband des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes setzte im Januar 1914 mit 1,19 v. H. der Beteiligung ein, stieg im Juli auf 3,38 v. H., fiel im ersten Kriegsmoat August auf 1,01 v. H. und betrug im Dezember 1,75 v. H. Der gesamte Jahresabsatz stellte sich auf 27,22 v. H. der Beteiligung gegen 55,36 v. H. im Vorjahre, wobei zu beachten ist, daß bei der in der Zementindustrie herrschenden Ueberproduktion immer nur ein Teil der Beteiligung abgesetzt zu werden pflegt. Für Mitteldeutschland wird der Zementabsatz in den letzten Monaten des Jahres 1914 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf ungefähr 40 v. H. angegeben. In Süddeutschland betrug der Zementverkauf in den Monaten August bis Ende Dezember 1914 etwa 50 v. H. des Verkaufs in den gleichen Vorjahrsmonaten. In Hannover, Schlesien und Stettin war der Absatz im ersten Halbjahr gut, nach dem Kriege ging er natürlich zurück, doch war es in Schlesien und Stettin möglich, die Betriebe voll aufrechtzuerhalten. In den Unternehmungen, welche Gips und Gipsteile herstellen, war die Beschäftigung im ersten Halbjahr 1914 gut; zu Beginn des Krieges ging die Anforderung auf etwa ein Drittel beziehungsweise die Hälfte des normalen Bedarfs zurück. Der Schwemsteinabsatz vermehrte sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1914 gegenüber dem Vorjahre um etwa 17 v. H., nahm aber dann infolge des Krieges wesentlich ab.

Aus den vorstehenden Zahlen geht hervor, daß vereinzelt in den Friedensmonaten des Jahres 1914 eine Belebung festzustellen war, deren Früchte allerdings durch die Kriegsmoate wieder verloren gingen. Das wird auch durch die Statistik des Arbeitsmarktes im Baugewerbe bestätigt. Im Januar 1914 allerdings übertraf der Andrang auf dem Arbeitsmarkte für Männer mit 923 Gesuchen auf 100 offene Stellen alle Jahre seit 1909, im Februar war er nur im Jahre 1909 mit 645 stärker als 1914 mit 429, dagegen blieb von März bis Juli der Andrang im Jahre 1914 mit 181, 136, 137, 146 und 149 gegenüber dem Vorjahre mit 262, 193, 212, 185 und 198 weit zurück. Allerdings war das Jahr 1913 eine Zeit ganz besonders großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gewesen. Anfang August ist der Wendepunkt. Die Monate August und September übertrafen mit 311 beziehungsweise 205 nicht bloß das Jahr 1913 (219 beziehungsweise 164), sondern auch die vorhergehenden Jahre. Bald zeigt sich aber wieder eine Belebung; die Monate Oktober, November

und Dezember blieben mit 210, 267 und 247 hinter 1913 mit 228, 437 und 543 zurück. Allerdings dürfte diese Belebung wohl weniger auf eine Belebung der Bautätigkeit, als auf die Einziehungen zum Heeresdienste zurückzuführen sein. Ergänzt werden diese Zahlen durch die Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes. Von April 1914 an kamen bei Männern und Frauen zusammen genommen auf 100 Mitglieder Arbeitslose im April 4,2, Mai 3,0, Juni 1,9, Juli 1,3, August 1,6, September 11,4, Oktober 9,2, November 10,1, Dezember 11,6. Bei den Zahlen für die Wintermonate ist nicht zu vergessen, daß im Winter die Bautätigkeit regelmäßig ruht.

Zeigt die Statistik des Arbeitsmarktes immerhin ein nicht allzu ungünstiges Bild, so ist das Ergebnis der Statistik der Bestands- und Kapitaländerungen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung weniger erfreulich. Die Lebhaftigkeit der Gründungstätigkeit in einer Industrie ist ja ein Zeichen dafür, wie die Aussichten in kaufmännischen Kreisen beurteilt werden, und gibt daher einen Maßstab für den Geschäftsgang in dem betreffenden Gewerbe. Für das Baugewerbe gibt die amtliche Statistik der Aktiengesellschaften folgendes Bild. Die Zahl der aufgelösten und ohne Auflösungsverfahren beendigten Gesellschaften übertrug die neuentstandenen im Jahre 1914 um zwei. 1913 war noch ein Ueberschuß der neuentstandenen von einer Gesellschaft, 1912 von acht, 1911 von neun festzustellen gewesen. Am Nominalkapital gemessen, betrug der Ueberschuß der Neugründungen über die Auflösungen: 1914 - 1,1 Millionen Mark, 1913 - 1,86 Millionen Mark, 1912 + 1,6 Millionen Mark, 1911 + 3,7 Millionen Mark. Im Grundstücks-handel betrug der Ueberschuß bei der Zahl der Gesellschaften 1914 - 4, 1913 + 8, 1912 + 14, 1911 + 7, beim Nominalkapital 1914 - 14,0 Millionen Mark, 1913 0,5 Millionen Mark, 1912 + 3,6 Millionen Mark, 1911 - 5, Millionen Mark, 1910 + 10,9 Millionen Mark. Der Mehrbetrag der Kapitalerhöhungen (+) oder Kapitalherabsetzungen (-) der Aktiengesellschaften betrug im Baugewerbe 1914 + M 985 000, 1911 + 12,2 Millionen Mark, 1910 + 4,2 Millionen Mark, 1909 + 20,5 Millionen Mark. Bei den Hypothekenbanken lauten die Zahlen: 1914 + 5 Millionen Mark, 1913 + 12,5 Millionen Mark, 1912 + 46,5 Millionen Mark, 1911 + 20,9 Millionen Mark, 1910 + 23,6 Millionen Mark, 1909 + 9,8 Millionen Mark. Für den Immobilienhandel ergeben sich folgende Zahlen: 1914 + 3,5 Millionen Mark, 1913 - 5,8 Millionen Mark, 1912 + 9,1 Millionen Mark, 1911 - 2,7 Millionen Mark, 1910 + 0,89 Millionen Mark, 1909 + 3,8 Millionen Mark. Noch lehrreicher ist die amtliche Statistik der Gesellschaften mit beschränkter Haftung; sie ist in folgender Tabelle zusammengefaßt:

Gewerbezweig	Jahr	Ueberschuß der entstandenen über die aufgelösten und ohne Auflösungsverfahren beendigten Gesellschaften		Mehrbetrag der Kapitalerhöhungen (+) oder Kapitalherabsetzungen (-)	
		Stammkapital	in 1000 Mark	in 1000 Mark	in 1000 Mark
Baugewerbe	1910	+ 143	+ 8 360	+ 1885	
	1911	+ 189	+ 10 024	+ 3081	
	1912	+ 142	+ 8 129	+ 1709	
	1913	+ 114	+ 6 005	+ 2606	
	1914	+ 24	- 1 478	+ 657	
Grundstückshandel und Hypothekenverkehr	1910	+ 201	+ 12 583	+ 3592	
	1911	+ 134	+ 9 315	+ 3398	
	1912	+ 131	+ 425	+ 8188	
	1913	+ 87	- 2 242	+ 7097	
	1914	- 28	- 5 588	+ 1049	
Grundstücksverwertung	1911	+ 212	+ 6 805	+ 1062	
	1912	+ 151	+ 4 298	+ 100	
	1913	+ 158	+ 3 958	+ 177	
	1914	+ 18	- 171	-	

Die Tabelle zeigt, daß überall eine wesentliche Abschwächung der Unternehmungslust eingetreten ist.

### Literarisches.

Heft 28 der „Neuen Zeit“ vom 3. September hat folgenden Wortlaut: Friedrich Adler: Am Scheidewege zwischen Koll und Bebel. — Otto Jensen: Die Blinden und der Krieg. — Fr. Mehring: Kriegsgeschichtliche Probleme (Fortsetzung). — J. S.: Zwei französische Kriegsbücher. — Literarische Rundschau: Professor Dr. M. Silbergleit: Die Auswanderungsgefahr? — Professor Dr. Gustav Koloff: Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren. — Adolf Heilborn: Allgemeine Völkerkunde. — Ernst Viktor Zentler: Soziale Moral in China und Japan. — Anzeige.

### Bekanntmachungen

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. August 1915 erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen: Nachen M. 13,48, Ahrensbüch 14,44, Breithardt 28,16, Bunzlau 100, Conweiler 40, Dahlen 50, Durlach 60, Ebsdorf 3,32, Fechenheim 60, Friedrichshagen 150, Geesthacht 90, Gollnow 36,79, Guxhagen — 31, Hamburg II 200, Hamburg IV 100, Harburg 150, Heidelberg 100, Kiel 150, Klein-Glienide 66,97, Magdeburg 100, Malchin 50, Meiningen 211,96, Neubrandenburg 75, Neuenhagen 100, Neu-Rölln 100, Neu-Weßow 18,43, Oetziheim 143, Pöhlz 50, Preeß 60, Reinfeld 65, Saalfeld 30, Samter 36,65, Sand 100, Schönkante 50, Schönwerinde 180, Schneid 146, Steglitz 100, Stettin 200, Stralsund 200, Teßlin 70,

Untertürkheim 100, Wannsee 100, Werder 15,96, Wittenberg 54,30, Zehdenick 20,72. Summa M. 4060,49.

Vom 1. bis 31. August erhielten Zuschuß: Bergedorf M. 200, Berlin II 300, Bingen 16,79, Breslau 200, Cammin 50, Canning 100, Chemnitz 200, Danzig 150, Darmstadt 80, Deuben 80, Doberan 50, Gelsenkirchen 50, Gr.-Otterleben 100, Hamborn 150, Hanau 150, Heidingsfeld 100, Herne 90, Hohenweide 165,70, Hölzlebrück 200, Kaiserlautern 100, Kempen 70, Köslin 120, Langendiebach 200, Langensfeld 200, Leipzig 350, Mahlsdorf 100, Meieritz 75, München 600, Münster 100, Neu-Anspach 50, Neumünster 140, Pforzheim 50, Pirna 100, Regenwalde 200, Saarbrücken 100, Scharnebeck 150, Steinbeck 50, Thorn 100, Ueße 70, Versbach 80, Wandlitz 33,25, Wehrden 100, Wieblingen 60, Wiesbaden 100, Windecken 100, Wismar 50. Summa M. 5730,74.

### Achtung, Kassierer!

Der Bücherabschluß für das dritte Quartal muß am 26. September erfolgen, es muß dann sogleich mit der Anfertigung der Abrechnung begonnen werden; die Absendung der Abrechnung an die Hauptverwaltung muß vor dem 21. Oktober erfolgen. Ueberschüssiges Geld muß vor dem 26. September an die Hauptkasse abgeandt werden, bei späterer Absendung muß der Betrag für das vierte Quartal gebucht werden.

Etwa für das dritte Quartal erforderlicher Zuschuß muß vor dem 21. September gefordert werden.

Der Vorstand.

### Veranstaltungsanzeiger.

Dienstag, den 14. September:

Böbau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei H. Heinrich, Schulgasse. — Potsdam: Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Mittwoch, den 15. September:

Dortmund: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Seffingstr. 32.

Freitag, den 17. September:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. —

Sonntag, den 18. September:

Coswig: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus.

Sonntag, den 19. September:

Mühlberg a. d. E.: Nachm. 2 1/2 Uhr im „Preussischen Hof“. — Spandau: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Emil Köpnick, Pichelsdorfer Straße 39.

### Anzeigen.

Robert Eckstein aus Borna b. Leipzig, oder wer seinen Aufenthalt kennt, mache Mitteilung an Frau Anna Erdmann, Braunschweig, Kaiserstr. 10. [M. 1,20]

### Verkehrskale, Herbergen usw.

(Zahresinrate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8, jede weitere Zeile A 2 mehr. Freizeitsplare werden nicht verabfolgt.) Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Berlin und Umg., SO, Engelster 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolozeum“, Smdauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herberge das Verkehrslokale: Volkshaus und „Hausische Bierhalle“, Sainstr. 41. Zureitende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie mitkommen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7 1/2 Uhr. Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Seffingstraße 32. Zureitende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umfchau verboten. Offen. Bureau der Zahlstelle: Restaurant Groß-Essen, Steelerstr. 17, 2. Et., Zimmer 3. Geöffnet abends von 7 bis 8 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr vormittags. Zureitende Kameraden haben sich dort zu melden. Arbeit wird auf dem Bureau nachgewiesen. Umfchau ohne Wissen der Zahlstellenleitung verboten. Verkehrs- und Versammlungskale ebenfalls. Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbinderhof 57/60, 2. Et., Zimmer 2. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend, sind hier zu melden. Zureitende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umfchauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt. Hamburg-Altona. Das Verkehrslokale für den Bez. 16 befindet sich bei Julius Bod, Bürgerstr. 61/53. Telefon: Gr. 5, 3833. Zusammenkunft: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Hamburg-Gilbert, Dohsenfelde. Verkehrslokale bei Herrn Beer, Wandbäcker Gausse 128. Telefon: Gr. 4, 3501. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft. Hamburg-Gimsbüttel. Albert Semde, Verkehrslokale, Bellealliancestr. 45. Jeden Sonntag abends 8 Uhr. Jeden letzten Sonntag im Monat (abgesehen von den Zentralvertragsfällen). Telefon: Gr. 6, 2782. Hamburg-Hammerbrook. Ernst Gemming, Guxhagenstr. 55, Verkehrslokale. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Vertragsentgegennahme für die Zentralvertragsfälle am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Hamburg-Ohlsdorf. Bezirk 17. Verkehrslokale bei H. Hebdorn, Bahnsfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Hamburg-Rothensburgerort. Bezirk 6. Verkehrslokale bei G. Bruger, Streifenstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen. Hamburg-Weddel. Bezirk 5. Verkehrslokale bei Adolf Winter, Weddeler Marktplatz 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Bruger, Rothensburgerort. Hamburg-Winterhude. Verkehrslokale bei G. Schulz, Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat. Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. Et. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureitende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umfchauen, sich im Bureau zu melden. Verammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat. München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod. Telefon 51 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10. Wilhelmshaven u. Umg. Bureau: Rüstringen, Rüstringer Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Verammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sobowasser. — Bezirk Barel: Verammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.